

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1991

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1992) : Westafrika - 1991, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1991: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 74-80

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301826>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1991

1. Politische und sozioökonomische Entwicklung

Die Welle demokratischen Wandels hat Westafrika von allen Subregionen Afrikas am stärksten getroffen. Von den 16 zu Westafrika zählenden Staaten hatten bis Ende des Jahres 14 ein aus freien Wahlen hervorgegangenes formal-demokratisches Regierungssystem etabliert (z.B. Senegal, Benin, Kap Verde) oder zumindest Oppositionsparteien zugelassen und eine Übergangsregierung installiert (z.B. Togo, Niger) oder sich zur Abhaltung pluralistischer demokratischer Kommunal- und Parlamentswahlen im kommenden Jahr (1992) definitiv verpflichtet (z.B. Ghana, Burkina Faso, Guinea, Guinea-Bissau). Auf ihrem Gipfeltreffen in Abuja (4 - 6.7.) bekundeten die anwesenden Staatsoberhäupter der ECOWAS-Mitgliedstaaten ihren festen Willen, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, "um in Westafrika Demokratie auf der Grundlage politischen Pluralismus und des Respektes grundlegender Menschenrechte zu etablieren".

Es ist aber verfrüht, von einer "zweiten Befreiung" Afrikas zu sprechen. Die Mehrheit der alten Machthaber klammerte sich an die Macht, und konnte sich nur - unter massivem innen- und außenpolitischen Druck - widerwillig dazu durchringen, zumindest etwas formale Demokratie zu wagen. Auch die Geberländer vieler am Tropf der Entwicklungshilfe hängenden westafrikanischen Staaten hatten im Konfliktfall mehr Interesse an politischer und wirtschaftlicher Stabilität in der Region als an einer schnellen und konsequenten Umsetzung ihrer politischen Forderungen. So bekundeten die Franzosen auf dem 4. Gipfeltreffen der frankophonen Staaten in Paris (19.- 21.11.), ebenso wie auf dem Treffen in La Baule ein Jahr zuvor, wortgewaltig ihre Unterstützung für den afrikanischen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß; die Hilferufe des togoischen Interim-Ministerpräsidenten Koffigoh an die französische Regierung anlässlich des Militärputsches im Nov./Dez., der den demokratischen Erneuerungsprozeß in Togo um Jahre zurückwarf, verhallten indes ungehört. Und das, obwohl die Staatspräsidenten Senegals, Ghanas und Benins - entgegen aller OAU-Tradition - deutlich machten, daß sie eine militärische Intervention französischer Truppen zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in Togo befürworteten. Auch die USA sahen sich lieber nach neuen zuverlässigeren Partner mit stabilen Verhältnissen um, als sich konsequent für die politische und wirtschaftliche Liberalisierung in ihren bisherigen Partnerländern Liberia und Zaire zu engagieren, die im politischen und wirtschaftlichen Chaos versanken.

So kristallisierte sich im Verlauf des Jahres immer mehr der Senegal als Hauptpartner der USA und ihrer westlichen Verbündeten in Westafrika heraus; und zwar nicht nur wegen seiner bedeutenden strategischen Position, sondern auch wegen seiner politischen Zuverlässigkeit und seiner konservativ pro-westlichen Haltung gegenüber dem Ansturm des fundamentalistischen Islam (Senegal war z.B. eines der ersten afrikanischen Länder, das zu Beginn des Jahres Truppen zur Unterstützung der Alliierten im Golfkrieg entsandte).

Die Haltung afrikanischer Politiker und Wissenschaftler zur Demokratisierung ist uneinheitlich: Während sich gerade die konservativen Machthaber, etwa in Togo oder der Côte d'Ivoire, gern auf angeblich spezifisch afrikanische Konzeptionen von Demokratie und Menschenrechten berufen, um die

Forderungen der Opposition nach pluralistischen oder basis-demokratischen Reformen zu diskreditieren, versucht die Opposition - mit Rückendeckung der Gebernationen - westliche Demokratiemodelle durchzusetzen und fordert im Konfliktfall mit den etablierten Kräften im Lande die Einstellung der Entwicklungshilfe (etwa in Burkina Faso und Sierra Leone) oder sogar direkte militärische Intervention (wie in Togo).

Dementsprechend waren im Berichtsjahr drei verschiedene Modelle demokratischer Erneuerung zu beobachten:

(1) Die Durchsetzung formeller Rahmenbedingungen für eine pluralistische Demokratie (Gewaltenteilung, frei gewähltes Parlament, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit) gegen autokratische Regime durch eine Volksbewegung, angeführt von einer Schicht oppositioneller städtischer Intellektueller (Benin, Kap Verde, und als Übergangsregierung Niger und Togo (bis Nov.91));

(2) Durch Militärregime von "oben" verordnete oder gelenkte Übergangsphasen zur pluralistischen Demokratie (z.B. Nigeria, Ghana, Mali, Burkina Faso);

(3) Von autokratischen Staatspräsidenten und den mit ihnen verbündeten Militärs manipulierte Demokratisierungsprozesse (z.B. Côte d'Ivoire, Togo (ab Dez. 91), Sierra Leone) gegen eine mehr oder weniger ohnmächtige oppositionelle Volksbewegung.

In bewußter Konfrontation zu den Staatspräsidenten der OAU-Konferenz in Abuja/Nigeria im Juni (3. - 5.6.), die eine Wiedergutmachung der westlichen Gebernationen für die "lange Nacht der Sklaverei" (so Staatspräsident Soglo/Benin) einklagten, fordern heute afrikanische unabhängige Oppositionelle, wie der nigerianische Literaturnobelpreis-Träger Wole Soyinka, eine "Wiedergutmachung nach innen". Unter allen nur denkbaren Vorwänden, von der Verhütung ethnischer oder religiöser Unruhen bis hin zur Abwehr neo-kolonialer Intervention, habe die afrikanische Elite seit der Unabhängigkeit ihre Machbasis immer weiter konzentriert, bis hin zur totalen Personifizierung und Glorifizierung. Jetzt, so Soyinka in seiner Rede am 23.5. in Ibadan, sei es an der Zeit, die knappen Ressourcen für die Entwicklung des Landes durch die entschlossene Zerstörung des Apparates unrepräsentativer Macht zu bewahren, und nicht für die eigensüchtige Verewigung des Machtstrebens einiger Weniger zu vergeuden.

Angesichts der immensen Verschuldung vieler westafrikanischer Staaten und der Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme scheint das Ziel nachhaltiger Entwicklung allerdings erst einmal in weite Ferne gerückt. Die Verschuldung (gemessen als Verhältnis der langfristigen Schulden zum Bruttosozialprodukt Ende 1990) ist in einigen westafrikanischen Staaten besorgniserregend hoch: die am höchsten verschuldeten westafrikanischen Staaten sind Nigeria (112 %), Côte d'Ivoire (164 %) und Guinea-Bissau (294 %). Die durchschnittliche Schuldendienststrategie (Verhältnis von Schuldendienst zu Exporterlösen) schwarzafrikanischer Ländern liegt derzeit trotz Vorzugsbedingungen durch die Geber bei 14 %, gegenüber 4 % im Jahre 1970. In Ghana (19 %), Nigeria (20 %) und Côte d'Ivoire (33 %) übersteigt die Schuldendienststrategie noch signifikant diesen Durchschnitt. Die Forderung der Staatschefs auf der OAU-Konferenz nach Wiedergutmachung und generellem Schuldenerlaß (s.o.) sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser - allerdings durch Kapitalflucht, Korruption und staatliche Mißwirtschaft selbst mitverschuldeten - Schuldenmisere zu interpretieren.

Dementsprechend hängen viele der westafrikanischen Länder am Tropf der Entwicklungshilfe. Während die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) der Geber im Durchschnitt der schwarzafrikanischen Staaten 1990 um 10 % des Bruttosozialproduktes (BSP) ausmachte, lag sie mit 19 % in Bezug auf die Gesamtheit der Sahelländer schon wesentlich höher und erreichte in Gambia 48 % oder in Guinea-Bissau sogar 68 % oder \$ 122 pro Kopf der Bevölkerung. Nicht immer wurde diese Hilfe auch für die Entwicklung des Landes oder zur Erleichterung des Loses der Armen genutzt. Das wird z.B. am Indikator des Verhältnisses der Waffenimporte zu Entwicklungshilfeausgaben (ODA) für Sozialprogramme sichtbar: im Falle Togos (1988/89: 7,1 zu 1) schlägt das Ungleichgewicht besonders kraß zugunsten des Militärs aus, während Mali (1 zu 3), Benin (1 zu 8,7), Niger (1 zu 17) oder Burkina Faso (1 zu 26) im gleichen Zeitraum relativ mehr Geld für die sozial Schwachen ausgaben; in Ländern wie Ghana oder der Côte d'Ivoire hielten sich die Ausgaben in etwa die Waage.

Die politischen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) diskutierten Politiker und Wissenschaftler auf der CODESRIA-Konferenz in Dakar vom 9. - 12.09. schwerpunktmäßig in Bezug auf Nigeria, Ghana, Benin und Burkina Faso. Hier wurde neben Fallstudien über die sozialen Auswirkungen der SAP auf die ärmeren, am ehesten politisch agitierbaren Schichten der Bevölkerung (z.B. Arbeiter in Nigeria) auch die Interdependenz zwischen SAP und Demokratisierung analysiert. Da die Geber u.a. wegen des Schuldenproblems auf eine Beschneidung öffentlicher Ausgaben drängen, entfallen der Staatsklasse zunehmend die Quellen, über die sie sich bisher legitimieren konnte, was maßgeblich zum Zusammenbruch verschiedener autokratischer Regime (z.B. Benin, Togo, Liberia) beitrug, aber heute auch schon die Legitimität der neuen, demokratisch gewählten Führer in den Augen ihrer Wählerschaft wieder in Frage stellt. Diese Führer (wie Staatspräsident Soglo/Benin) sehen sich daher zunehmend gezwungen, ihre Legitimität eher aus ihrem Ansehen bei den Gebern als "aufrechte Technokraten" abzuleiten, was zumindest in den Augen der Wähler den weiteren Zufluß von Entwicklungshilfe verspricht. Allerdings erfolgte die Ausgestaltung der SAP in den einzelnen Ländern bisher höchst undemokratisch unter dem Diktat der Weltbank und des IMF; aber auch innerhalb der afrikanischen Staatsklasse nimmt in der Regel nur ein zunehmend kleinerer Kreis von Eingeweihten an der Entscheidungsfindung teil, was von der Opposition zunehmend kritisiert wird.

Angesichts des wirtschaftlichen Niederganges, und gefördert durch den politischen und wirtschaftlichen Liberalisierungsprozeß in den meisten westafrikanischen Staaten, nahm der informelle Sektor an Bedeutung für immer größere Schichten der Gesellschaft zu. Viele Angehörige der unteren Stufen des Öffentlichen Dienstes, der Mindestlohnempfänger, der durch die SAP Entlassenen etc., könnten ohne die Einkünfte aus diesem Sektor kaum ihren gewohnten Lebensstandard absichern. In Benin beispielsweise macht die Produktion des informellen Sektors nach Expertenschätzungen etwa 40 % des Bruttosozialproduktes aus. In Westafrika ist diesbezüglich der grenzüberschreitende Verkehr (Schmuggel) von besonderer Bedeutung: nicht nur beim Devisenschmuggel, sondern auch bei Import von Kraftstoff und Nahrungsmitteln (z.B. vom Niedrigpreisland Nigeria in die Nachbarländer oder von Guinea und Guinea-Bissau in den Senegal), von Exportfrüchten (z.B. Kakao, Kaffee, als Re-Exporte über Benin) etc.

Für die ärmeren Schichten der Bevölkerung ist die letzte Möglichkeit der Wirtschaftsmisere zu entgehen die Wanderarbeit oder die Auswanderung. Die von der OECD bereits 1986 vorhergesagte Massenflucht aus Westafrika in Richtung Norden über die Maghreb-Staaten hat, begünstigt durch die Wirtschaftskrise und die seit zwanzig Jahren anhaltende Dürre im Tal des Senegalflusses, bereits eingesetzt. Von den 8 Mio. Einwohnern Malis, dem am stärksten von der Auswanderungswelle betroffenen Sahelland, sind 3 Mio. ausgewandert; davon leben 2,5 Mio. in anderen afrikanischen Ländern und ca. 60.000 in Frankreich. In einigen Sonike-Dörfern am Senegalfluß sind 40 % der Männer auf Wanderarbeit, was

nicht ohne gravierende Auswirkung auf die soziale Organisation des Dorfes bleibt. Nahezu 70 % der Schwarzafrikaner in Frankreich sind Soninke, Wolof oder Toucoulor aus Senegal, Mali oder Mauretanien. In Deutschland bildeten 1991 die Nigerianer, deren Einreiseanträge in die BRD innerhalb von zwei Jahren von 485 (1988) auf 5.400 (1990) anstiegen, das größte Flüchtlingskontingent aus Afrika, gefolgt von Ghanaern. Die meisten Flüchtlinge sind Elendsflüchtlinge. Es sind aber keine verzweifelte Elendsgestalten, kurz vor dem Hungertod, die den beschwerlichen Weg nach Europa antreten, sondern junge Männer und Frauen, die oft stellvertretend für ihre Familie in die Fremde ziehen, um eine neue Überlebensquelle aufzutun. So sind die Migranten sowohl auf mikroökonomischer als auch auf makroökonomischer Ebene ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Nach Schätzungen der OECD verdient allein die Gesamtheit der Migranten aus dem Senegaltal in Frankreich in einem Jahr mehr als das Doppelte des Staatshaushaltes von Mali oder 2/3 des Staatsbudgets Senegals. Abdou Diouf warnte Europa in einem Interview mit der französischen Presse am 3.6. vor den sozialen Unruhen durch Migrationswellen von Afrikanern, die seiner Meinung nach - trotz verschärfter Gesetzgebung und geschlossener Grenzen die EG überschwemmen werden, wenn die westlichen Geber nicht stärker als bisher vor Ort die Ursachen der Migration beseitigen helfen. Ein weiterer Aspekt der Migration ist der Abzug von - meist in Europa ausgebildeten - Fachkräften aus Afrika (*brain drain*): gemäß dem neuesten verfügbaren Zahlen der UNDP hat Afrika bis 1987 etwa ein Drittel seiner Fachkräfte an Europa verloren.

Im Oktober (8.- 15.10.) hielt die vor vier Jahren (1987) gemäß der Banjul-Charta der OAU von 1981 gegründete African Commission on Human and Peoples Rights (ACHPR) ihre 10. ordentliche (Halbjahres-)Tagung in Banjul ab. Damit wurde u.a. der 10. Jahrestag der Annahme der "Afrikanischen Charta für Menschenrechte (African Charter on Human and Peoples Right's) durch die OAU im Juni 1981 gewürdigt. Neuer Vorsitzender der Kommission wurde der Ägypter Dr. Ibrahim Ali Badawi El-Sheikh, der den Nigerianer Prof. U.O. Umozurike ablöste. Ergebnis dieser Tagung war insbesondere die Verdammung der Menschenrechtsverletzungen im Apartheidregime Südafrikas. Die ACHPR-Kommission soll gemäß der Banjul-Charta die Menschenrechtssituation in ganz Afrika überwachen und die Respektierung der menschlichen Grundrechte fördern. Die Kommission hat jedoch keine direkten Eingriffsmöglichkeiten. Sie ist auch nicht unabhängig, sondern wird weitgehend bestimmt von den Interessen der auf der OAU-Versammlung vertretenen Staatschefs, die kein Interesse daran haben, in die Kommission Vertreter zu entsenden, die ihr eigenes Regime kritisieren. So hatte denn auch bis April nur 7 (u.a. Togo und Nigeria, dessen Kurzbericht aber wieder zurückgezogen wurde) von 40 Staaten den angeforderten Bericht zur Menschenrechtslage eingereicht.

Unterdessen ging die Diskussion um die Interpretation und Definition der Menschenrechte in Afrika weiter: Der Generalsekretär der Internationalen Juristen-Kommission (CIJ), Adama Dieng (Senegal), verurteilte am 11.2. auf einer Tagung in Dakar vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen den Entwurf einer "Deklaration der Menschenrechte unter dem Islam", die seiner Meinung nach problematisch ist, weil sie gegen die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen von 1948 verstößt und ein nicht hinnehmbare Diskriminierung Andersgläubiger sowie der Frauen gemäß dem Sharia verlangt. Amnesty International (ai) legte 1991 zwei neue umfassende Publikationen zur Menschenrechtssituation in Nigeria und Guinea-Bissau vor. In anderen Berichten prangert ai in Bezug auf Westafrika Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Ghana, Togo und in Guinea an, wo Folter und das Verschwinden politischer Gefangener seit 7 Jahren an der Tagesordnung sei, obwohl die Regierung deren Abschaffung bereits 1984 versprach, als sie die Macht übernahm.

Die Pressefreiheit und die Vielfalt der Presselandschaft nahm in den westafrikanischen Staaten, die bereits ein formal-demokratisches oder zumindest ein demokratischer organisiertes Übergangsregime

installierten (wie Benin) einen beträchtlichen Aufschwung. Angesichts des Fehlens eines stringenten Programmes der meisten neu entstandenen Oppositionsparteien wurde von politischen Beobachtern die wahre Opposition eher außerhalb des Parlaments bei der kritischen Presse und bei Nichtregierungsorganisationen (z.B. Menschenrechtsorganisationen, Juristen-, Lehrer- und Studentenvereinigungen etc.) gesehen. 1991 konnte auch das international renommierte Magazin "West Africa", mit gegenwärtig ca. 100.000 Lesern (zu 90% in West Afrika), das seit 1979 in der Hand der Daily Times (Nigeria) ist, auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken.

Auf dem Gebiet des Gesundheitssektors war die zunehmende Verbreitung von AIDS eines der Hauptthemen, dem auch die 6. afrikanische Konferenz über AIDS in Dakar (18.12.) gewidmet wurde. Die Verbreitung von AIDS ist in Westafrika noch nicht so weit fortgeschritten wie in Ostafrika. Die Côte d'Ivoire und Guinea-Bissau gelten in Westafrika als die am stärksten betroffenen Länder mit einer geschätzten Infektionsrate von - je nach Region - 0 bis 30 %. Nach neusten Erkenntnissen werden bereits 10 bis 30 % der Infektionen durch infizierte (unkontrollierte) Bluttransfusionen übertragen.

Das sechste Gipfeltreffen der Islamic Conference Organisation (ICO), die zum ersten Mal in der Geschichte ihres Bestehens vom 9.-12.12 in einem schwarzafrikanischen Land (Dakar/Senegal) tagte, war überschattet von den Rivalitäten der über den Golfkrieg zerstrittenen arabischen Staaten. Im übrigen bestätigte der Ablauf der Konferenz alte Befürchtungen der Afrikaner, die sich als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlten. Nur 13 der 21 Mitgliedstaaten waren auf der Konferenz vertreten, die einen Tag früher als geplant zu Ende ging. Zwar verkündete der Vertreter Saudi Arabiens, daß sein Land die Schulden der LLDCs wie Senegal, Niger oder Guinea erlassen werde; afrikanische Beobachter beschwerten sich aber darüber, daß sich die Diskussion um die vielbeschworene "islamische Solidarität" hauptsächlich auf die arabischen Staaten konzentrierte, und "islamisch" anscheinend mit "arabisch" verwechselt würde. Senegals Staatspräsident Diouf brachte das nach der Beendigung der Konferenz auf den Punkt mit den Worten "Wir respektieren sie (die Araber) mehr, als sie uns". Fundamentalistische religiöse Bewegungen des Islams ebenso wie des Christentums gewinnen angesichts des Zusammenbruchs der sozialistischen Utopie und der Wirtschaftsmisere wieder zunehmend radikalisierte Anhänger. Während von den arabischen Staaten (insbesondere Libyen) unterstützte islamische Bewegungen mit der Islamisierung Afrikas gleichzeitig dem "verderblichen Einfluß" westlicher Wertesysteme einen Riegel vorschieben wollen, leiten konservative evangelikale Bewegungen, wie die vom Wanderprediger Bonnke gegründete "Christ of All Nations", ihre traditionelle Feindschaft gegenüber dem Kommunismus nun auf den Kampf gegen den Islam um. Sie machen - im Gegensatz etwa zur lateinamerikanischen "Befreiungstheologie", die in Afrika bisher kaum Fuß fassen konnte - nicht ungerechte Macht- und Ressourcenverteilung für ihre Nöte verantwortlich, sondern den Teufel. Sie ködern die Massen mit Versprechungen von Wunderheilungen oder dem Glauben an gottgewollten, schnellen Reichtum ("Evangelium des Wohlstandes"), den es nur gegen die Mächenschaften des Teufels durchzusetzen gilt. Durch ihr intolerantes Auftreten gegenüber Andersdenkenden heizen die fundamentalistischen Bewegungen bestehende soziale Konflikte weiter an. So kam es in Kano/Nigeria im Gefolge des Auftretens des deutschen Evangelisten Bonnke im Oktober zu religiösen Unruhen zwischen fundamentalistischen Muslimen und Christen bei denen mehr als 300 Menschen den Tod fanden und dadurch eine Fluchtwelle von Christen aus der Region auslösten. Oft wird bei diesen Religionskriegen der Glaube politisch instrumentalisiert, um im Verteilungskampf um politische Einflußnahme und wirtschaftliche Ressourcen die Position des eigenen Klientelsystems besser abzusichern, wie bei weiteren "religiösen Unruhen" in der Bauchi Region (Nigeria) im April deutlich sichtbar wurde. In Westafrika scheint vorerst der Islam das Rennen in diesem Kreuzzug zu gewinnen: nach Expertenschätzungen nahm die Zahl der Moslems in dieser Region allein im letzten Jahrzehnt um

etwa 50 % zu. Die zunehmende Konfrontation zwischen Moslems und Christen droht zu einer der schlimmsten Geiseln für die Zukunft Westafrikas zu werden.

2. Zwischenstaatliche Beziehungen und Konflikte

Der Bürgerkrieg in Liberia und die Sicherheitspolitik der ECOWAS-Staaten zur Befriedung des Konfliktes (zur ECOMOG s.u.) dominierten die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region. Die Ausweitung dieses Bürgerkrieges auf Sierra Leone lösten Flüchtlingsströme in die benachbarten Staaten aus, von denen Guinea besonders schwer betroffen war, wo etwa 80.000 Flüchtlinge aus Sierra Leone und zwischen 120.000 und 300.000 Flüchtlinge aus Liberia Zuflucht suchten.

Ein weiterer Krisenherd in der Region war der schon seit Jahren immer wieder neu auflebende Turareg-Konflikt in Niger und Mali. Die Demokratisierungsbewegung in den beiden Ländern führte zwar einen Schritt näher an eine für alle Seiten akzeptable Lösung heran, ein nachhaltiger Frieden ist aber noch nicht in Sicht (s. dazu die Länderberichte).

Die schon seit Jahren anhaltende Auseinandersetzung zwischen Senegal und Guinea-Bissau über den Verlauf der maritimen Grenzen konnte im November durch eine von beiden Seiten akzeptierte Entscheidung des internationalen Gerichtshofes in Den Hag zugunsten Senegals beigelegt werden; nunmehr müssen noch die offenen Fragen der Abgrenzung der Fischerei- und Wirtschaftszonen geklärt werden. Die Beziehungen Guinea-Bissaus zu Senegal haben unter diesem Schiedsspruch aber nicht gelitten, was sich unter anderem an der Vermittlerrolle Bissaus im Casamance-Konflikt und im Konflikt zwischen Senegal und Mauretanien zeigte, der allerdings trotz der diplomatischen Vermittlungsversuche in Bissau im Juni bisher nicht gelöst werden konnte.

2. Regionalorganisationen

2.1 ECOWAS

Auch das 14. Gipfeltreffen der ECOWAS-Staaten in dem imposanten neuen ECOWAS-Hauptquartier in Abuja (4. - 6.6.), stand unter dem Stern des Demokratisierungsprozesses in den meisten der 16 Mitgliedstaaten. Die anwesenden Staatsmänner verabschiedeten eine "Erklärung politischer Prinzipien", die im wesentlichen ein Bekenntnis zum politischen Pluralismus, zur Respektierung der Menschenrechte, der Lösung zwischenstaatlicher Konflikte mit friedlichen Mitteln und zur guten Nachbarschaft enthält. Während die neu gewählten Staatspräsidenten aus Benin (Soglo) und Mali (Touré) zum ersten Mal an der Konferenz teilnahmen, glänzten die Präsidenten Rawlings (Ghana), Eyadéma (Togo) und Houphouët-Boigny (Côte d'Ivoire) durch Abwesenheit. Eine Evaluierung der zweiten Implementierungsphase des wirtschaftlichen Wiederbelebungsprogrammes (ERP) der ECOWAS ergab, daß seine Ziele nicht erreicht wurden, u.a. weil jedes Land in erster Linie an sich selbst dachte, Entscheidungsmacht nicht abzugeben bereit war und eine Abstimmung der Maßnahmen in der Realität nicht stattfand. Selbst auf dem Gebiet der Handelsliberalisierung, das von allen potentiellen Integrationsdomänen noch als die aussichtsreichste erscheint, war eher ein Rückgang zu verzeichnen. Das Handelsvolumen der ECOWAS fiel im letzten Jahrzehnt von \$ 52,8 Mrd (1981) auf \$ 30,4 (1990), was einem Anteil von marginalen 0,6 % am Welthandel entspricht. Auch der Anteil des intra-regionalen Handels zwischen den Mitgliedstaaten blieb mit \$ 2 Mrd. (oder 4 % des Gesamthandelsvolumens der ECOWAS) vernachlässigbar gering. Hauptgründe dafür sind die asymmetrischen Handelsstrukturen zwischen den Mitgliedstaaten, die Schuldenproblematik und die mangelnde Konvertibilität der Währungen. Zwar wurde auf dem Jahrestreffen des African Business Roundtable (ABR) in Dakar am

20.11. wieder einmal der Ruf nach einer gemeinsamen ECOWAS-Währung laut. Die Realisierungschancen dafür sind jedoch in absehbarer Zukunft nicht gegeben, wie Staatspräsident Soglo (Benin) auf der letzten OAU-Konferenz selbstkritisch anmerkte. Selbst die Frank-Zone gerät mit dem nahenden Zusammenschluß der EG-Staaten zunehmend unter Abwertungsdruck. Nach Expertenschätzungen ist der F CFA beispielsweise in der Côte d'Ivoire, um etwa 50 % überbewertet. Eine Beratergruppe von Staatsmännern unter Leitung des ehemaligen nigerianischen Regierungschefs General Gowon ist gegenwärtig mit finanzieller Unterstützung der Ford-Foundation dabei, den ECOWAS-Vertrag zu überarbeiten und konkretere Durchführungsempfehlungen für die wirtschaftliche und politische Integration, bzw. Kooperation auszuarbeiten. Nicht zuletzt sollen die verschiedenen Inter-Governmental-Organizations (IGOs) mit ihren vielfach sich überschneidenden Funktionen, die nur doppelte Ausgaben verursachen, beschnitten werden. Ein Durchführungsplan soll bis 1993 vorliegen. Hauptzielscheibe ist dabei sicherlich die frankophone Konkurrenzorganisation der ECOWAS, die CEAO (Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest), deren Performance in der Vergangenheit - nicht zuletzt wegen der Einbindung in die CFA-Frank-Zone - besser als die der ECOWAS war, und die sich daher nicht so schnell freiwillig auflösen dürfte. Dem neu gewählten Vorsitzenden der ECOWAS, Staatspräsident Abdou Diouf (Senegal) wird es obliegen, Vorschläge zu machen, die nicht die alte Kluft zwischen frankophonen und anglophonen Staaten wiederbeleben. Er setzte hier gleich ein Zeichen guten Willens, in dem er bei einer Kabinettsumbildung im Mai als erste westafrikanische Regierung ein Ministerium für regionale Integration einrichtete. Auch was eine bisherige Schwachstelle der ECOWAS anging, beim Krisenmanagement der Konflikte zwischen Mitgliedstaaten, konnte die ECOWAS hinsichtlich des Liberiakonfliktes auf international anerkannte Erfolge hinweisen.

2.2 ECOMOG

Am 12. 2. trafen sich in Lomé die Vertreter von 9 ECOWAS-Staaten, um einen Waffenstillstand und eine Entwaffnung der Guerillatruppen im vom Bürgerkrieg zerrissenen Liberia zu erreichen. Abgesehen von den 5 Ländern des Vermittlungskomitees¹ (Gambia, Ghana, Nigeria, Sierra Leone, Togo) nahmen auch die Côte d'Ivoire, Guinea, Burkina Faso und Mali sowie die zerstrittenen Bürgerkriegsparteien an dem Treffen teil. Mali versprach auf diesem Treffen ebenfalls ein Truppenkontingent zur Aufstockung der ECOMOG-Kräfte zu entsenden. Der auf diesem Treffen vereinbarte Waffenstillstand wurde jedoch schon Stunden nach der Vereinbarung durch die beiden Hauptkontrahenten Charles Taylor (NPFL), der 90 % des liberianischen Territoriums kontrolliert, und Prince Johnson (INPFL) wieder gebrochen. Die ECOMOG-Initiativen zur Friedenssicherung in Liberia, die im August 1990 begannen, setzten sich in mehreren Treffen (16.-17.9.; 29.10. - 1.11.) in Yamoussoukro, Côte d'Ivoire, unter Vorsitz des ivoirischen Staatspräsidenten fort. Die Übereinkunft des vierten Treffens von Yamoussoukro vom 1.11. sah folgende Hauptpunkte vor: Überwachung des Waffenstillstandes und Entwaffnung der Bürgerkriegstruppen durch die ECOMOG-Truppen in ganz Liberia innerhalb von 60 Tagen (ab dem 15.11), Wiedereröffnung der Hauptverkehrsstraßen und des internationalen Flughafens sowie die Kontrolle aller Grenzübergänge durch die ECOMOG, Schaffung einer Pufferzone an der Grenze zu Sierra Leone und schließlich die Einrichtung einer Wahlkommission durch die NPFL und die Übergangsregierung. Das Abkommen wurde international begrüßt, insbesondere auch durch die USA, die sich - vertreten durch ihren ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter als Führer des International Negotiations Network (INN) - an den Vermittlungen zwischen den rivalisierenden Bürgerkriegsparteien beteiligten. Die Erfüllung der Hauptpunkte des 4. Yamoussoukro-Friedensplanes ließ indes auf sich warten. Zwar wurde kurz vor Jahresende in Monrovia eine Wahlkommission mit drei Mitgliedern der NPFL und zwei Mitgliedern der Übergangsregierung errichtet, aber bis zum Jahresende war noch nicht abzusehen, ob sich Taylor tatsächlich der Entwaffnung durch die ECOMOG beugen würde. Eine Schwachstelle des Abkommens war, daß es die Anti-Taylor-Milizen der von Sierra Leone aus

operierenden ULIMO (United Liberation Movement of Liberia for Democracy) unter dem ehemaligen Geschäftsmann Raleigh Seekie sowie die weitgehend muslimisch ausgerichteten Kräfte der Mandingo Liberianer unter Alhaji Kromah nicht berücksichtigte. Die ULIMO steht unter starkem Einfluß einer Gruppierung der Krahn, der Ethnie des ermordeten Präsidenten Samuel Doe. Sie verkündete am 29.5. öffentlich, daß sie Taylors "Terrorismus und Diktatur" bekämpfen werde und drang bis zu 90 km von Sierra Leone auf liberianisches Territorium vor. Da diese Truppen sich nicht an das Waffenstillstandsabkommen hielten, sah sich auch Taylor nicht bereit, seine Waffen aus der Hand zu geben. Die Menschenrechtsorganisation Africa Watch beschuldigte im Juli die Truppen Taylors schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen, u.a. der wahllosen Ermordung von Angehörigen insbesondere der Ethnien der Krahn und der Mandingo, die den ehemaligen Präsidenten Doe unterstützt hatten.

Die Zusammensetzung der ECOMOG-Truppen, die sowohl zahlenmäßig als auch von den Kommandostrukturen her gesehen von Nigeria dominiert werden - mit Truppenkontingenten aus Ghana, Gambia, Sierra Leone und Guinea, bei einer späteren Beteiligung malischer und senegalesischer Truppen - spiegelt die Differenzen innerhalb der ECOWAS über die Sicherheitspolitik zur Befriedung Liberias wieder. Während zu Beginn die Konfliktlinien weitgehend entlang der alten Differenzen zwischen anglophonen und frankophonen Mitgliedern verliefen und den Bedenken Frankreichs, eine nigerianische politische und militärische Vormachtstellung weiter auszubauen entsprachen - zeichnete sich im Lauf des Jahres eine Annäherung der Positionen ab. Zwar bekannte sich der Staatschef Burkinas noch im Mai offen zu seiner Unterstützung der Truppen Taylors in ihrem Kampf gegen ein Unrechtsregime, das für die Massaker im Nimbaland verantwortlich sei, er beklagte aber gleichzeitig die mangelnde Absprache in der ECOWAS über den ECOMOG-Einsatz, und ließ durchblicken, daß zukünftig mit einer neutralen Haltung Burkinas im Liberiakonflikt zu rechnen sei. Die anglophonen Länder kritisierten Senegal, weil es zwar mit eigenen Truppen die USA im Golfkrieg unterstützte, sich aber nicht an der ECOWAS-Truppe beteiligen wolle. Der senegalesische Staatschef beugt sich dieser Kritik, nicht zuletzt angesichts seiner Vermittlerfunktion als neuer OAU-Vorsitzender, und entsandte ebenfalls Truppen in die ECOMOG. Dabei dürfte die Entscheidung der USA, zusätzlich zu den bereits beschlossenen \$ 2,8 Mio weitere Gelder für das Budget der ECOMOG bereitzustellen, seine Entscheidung sicherlich positiv beeinflußt haben. Die Kosten des Einsatzes der ca. 7.000 Mann starken ECOMOG-Truppe sind ein wohl gehütetes Geheimnis: zu Beginn der ECOMOG-Operationen wurde das "Startkapital" auf \$ 50 Mio. für eine 3.000 Mann starke Eingreiftruppe geschätzt. Im August 1990 verkündete Nigerias Staatschef Babangida, daß sein Land der ECOMOG N 30 Mio. zur Verfügung gestellt habe und 70 % der laufenden Kosten trage; bis Juni 1990 waren laut Aussagen des nigerianischen Oberkommandos knapp 100 Soldaten gefallen.

2.3 Andere Regionalorganisationen

Angesichts der zunehmenden Marginalisierung der Mitgliedstaaten der Frank-Zone legten 14 Mitgliedstaaten - angeführt vom französischen Finanzminister, P. Bérégovoy und dem Staatspräsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, - am 25.4. in Ouagadougou den Grundstein für eine frankophone afrikanische Wirtschaftsunion nach dem Vorbild der EG. Ziel dieser Union ist es, aufbauend auf der gemeinsamen Währung (F CFA) einen gemeinsamen Markt mit einheitlichen Bestimmungen (z.B. bezüglich der Steuerharmonisierung, Investitionsgesetze, etc.) zu schaffen. Diese Union sieht sich allerdings mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert wie die ECOWAS: zwar besteht immerhin seit 1948 eine gemeinsame - von Frankreich garantierte - Währung, sowohl IMF als auch die Weltbank und die USA haben aber schon mehrmals auf die Notwendigkeit einer radikalen Abwertung des F CFA hingewiesen. Auch weisen die Mitgliedstaaten höchst unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen auf,

die nur unvollkommen miteinander vernetzbar sind; der intra-regionale Handel (abgesehen vom Schmuggel) macht nur 5 % des Gesamthandelsvolumens der Mitgliedstaaten aus. Die erste Ausbaustufe dieser Wirtschaftsunion soll sich auf die 7 Staaten der westafrikanischen Währungsunion (UMOA), Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo sowie auf das eng abgegrenzte Gebiet der Rechtsanpassung (Versicherungs-, Spar- und Unternehmensrecht) beschränken.

Am 16.7. trat in Nouakchott (Mauretanien) der 32. Ministerrat der Organisation zur Entwicklung des Senegalflusses (OMVS) zusammen. Ziel dieser Union ist die Entwicklung des Senegalflusstals durch den Bau zweier großer Staudämme bei Diama (Senegal) und Manantali (Mali). Man beschloß die Verlegung Dammverwaltungseinheit nach Rosso (Mauretanien) und betonte die Notwendigkeit des Ausbaues der Infrastruktur des Senegaltales, insbesondere was das Stromnetz und die Schiffbarmachung angeht.

Die 26. ordentliche Sitzung des Ministerrates der CILSS in Bamako im Februar ratifizierte ein mehrjähriges Programm zur Förderung des lokalen Getreideanbaues. Das Nahrungsmittelhilfe-Abkommen, das 1990 von den CILSS-Staaten und den Hauptgebern unterzeichnet wurde, hat nach Aussagen von Vertretern der Geber auf einem CILSS-Treffen in Paris am 22.11. das Management der Nahrungsmittelhilfeplanung und -verteilung bereits wesentlich verbessert.

In Abidjan tagte vom 16. - 19. 4. zum ersten Mal eine afrikanisch-afro-amerikanische Konferenz auf der u.a die Staatspräsidenten der Côte d'Ivoire, Burkina Fasos, Guinea-Bissaus, Botswanas und Gambias sowie eine Gruppe schwarzer amerikanischer Parlamentarier und US-Kongressmitglieder anwesend waren. Man verlangte die Stornierung aller öffentlichen Schulden Schwarzafrikas (die auf etwa \$ 100 Mrd. geschätzt wurden) sowie eine Erhöhung der amerikanischen Entwicklungshilfe für Afrika von \$ 800 Mio. auf \$ 1 Mrd.

Dirk Kohnert

3. Chronologie

- 16. - 19.4. Erster afrikanisch-afroamerikanischer Gipfel in Abidjan
- 25.4. Ministertreffen der Franc-Zone in Ouagadougou
- 3. - 5.6. 27. OAU-Gipfel in Abudja
- 4. - 6.7. 14. ECOWAS-Gipfel in Abudja
- 16.7. Ministertreffen der OVMS in Nouakchott/Mauretanien
- 1.9. Inkrafttreten des 4. Lomé-Abkommens
- 8.9. Zehnte Ministerkonferenz der Non-Aligned Movement in Accra
- 1.11. viertes Yamoussoukro-Abkommen (ECOMOG) zur Befriedung Liberias
- 9. - 12.12. Sechster Gipfel der ICO (Islamic Conference Organisation) in Dakar
- 18.12. Sechste afrikanische Konferenz über AIDS in Dakar

4. Verzeichnis regionaler Organisationen

- Autorité du Bassin du Niger (ABN); gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Aliyu Magagi (Nigeria)
- Autorité de Développement intégré de la Région du Liptako-Gourma; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Sulimane Ganou (Niger)

- Banque Centrale des Etats de L'Afrique de l'Ouest (BCEAO); gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; ab 1.1.94).
- Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD); gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (ab 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Aboubakar Baba-Moussa
- Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT); gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 4 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS); gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Burkina Faso (bis 1995); Exekutivsekretärin: Mrs. Mariam Kaidama Cisse (Mali)
- Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest (CEAO); gegründet: 1974; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal; Beobachterstatus: Guinea, Togo - am 14./15. 03.94 nach der CFA-Abwertung aufgelöst zugunsten der neu gegründeten UEMOA
- Conseil d'Entente; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Sekretär: Paul Kaya
- Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO); gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 16 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: Benin (Staatspräsident Nicéphore Soglo); Exekutivsekretär: Edouard Benjamin (Guinea)
- Mano River Union (MRU); gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: A. Diallo (Guinea)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG); gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS); gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: Mohamed Lamine Ould Ahmed (mauret. Minister f. Wasser u. Energie); Generalsekretär: Founéké Keita (Mali)
- Union Monétaire Ouest-Africaine (UMOA); gegründet: 1959; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitgliedsstaaten: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (ab 1984), Niger, Senegal, Togo.
- Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU); gegründet: 11.01.94; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Usmane Ouedraogo (Finanzminister Malis)
- West African Clearing House (WACH); gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: E.O. Akinnitesí (Nigeria); im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation West African Monetary Agency (WAMA)
- West African Examinations Council (WEAC); gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: E. Evans-Anfom (Gambia)
- West African Rice-growing Development Association (WARDA); gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Niger, Nigeria, Senegal, Togo - Generalsekretärin: Zainabou Maikourema (Niger)